

414/AB XXI.GP

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Riepl, Dietachmayr, Sophie Bauer und GenossInnen,  
an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales,  
betreffend die Umsetzung der Angleichung der Rechte der Arbeiter  
an die Rechte der Angestellten  
„Aktion Fairness“ (Nr.399/J).

Die oben angeführte parlamentarische Anfrage wurde vom Bundesminister für  
Wirtschaft und Arbeit zur GZ. 10.101/45 - Pr/B/10a/00 vom 18. April 2000 beant -  
wortet, wobei er hinsichtlich der Fragen 6 und 7 auf meine Ressortzuständigkeit  
hingewiesen hat.

Zu diesen Fragen führe ich Folgendes aus:

Zur Frage 6:

Nein.

Zur Frage 7:

Abseits der nun vorgesehenen Angleichung der Entgeltfortzahlung und der damit  
verbundenen Annäherung im Bereich des Krankengeldes gibt es bei der Inan -  
spruchnahme von Leistungen in der Krankenversicherung Unterschiede zwischen  
Arbeitern und Angestellten, die eine unterschiedliche Gestaltung des Beitragssatzes  
sehr wohl zulassen. Allerdings wäre unter Bedachtnahme auf das Ziel des solida -  
rischen Ausgleichs zwischen den verschiedenen Risikogruppen mittelfristig eine An -  
gleichung der Beitragssätze durchaus wünschenswert.